



**EUROPÄISCHER KONVENT**  
DAS SEKRETARIAT

**Brüssel, den 25. Juli 2002 (01.08)**  
**(OR. fr)**

**CONV 217/02**

**WG III 10**

**VERMERK**

---

des	Sekretariats
für die	Gruppe "Rechtspersönlichkeit"
Betr.:	<b>Kurzniederschrift über die Sitzung vom 18. Juli 2002</b>

---

1. Unter Bezug auf die Tagesordnung schlug der Vorsitzende vor, die Sitzung in zwei Teile zu gliedern und zunächst die Folgen einer Ausstattung der Union mit Rechtspersönlichkeit zu erörtern, um sich sodann mit der Frage der einheitlichen Rechtspersönlichkeit und der Verein-fachung der Verträge zu befassen.

**Folgen einer ausdrücklichen Ausstattung der Union mit eigener Rechtspersönlichkeit**

2. Der Gedankenaustausch erfolgte anhand eines vom Vorsitzenden vorgelegten Berichts-vorentwurfs (SN 3130/02).
3. Die Gruppe kam zu der Auffassung, dass der Berichtsvorentwurf die von den Mitgliedern der Gruppe generell zum Ausdruck gebrachten Standpunkte angemessen wiedergibt und als Grundlage für den Schlussbericht der Gruppe dienen kann. In dieser Beziehung legte der Vor-sitzende als Termin für die Vorlage etwaiger Änderungen oder Ergänzungen des Berichtsvor-entwurfs durch die Delegationen (die Änderungsvorschläge könnten sich insbesondere auf die kursiv gedruckten Passagen beziehen) den **5. September 2002** fest. Es wurde vereinbart, dass das Sekretariat in der nächsten Sitzung am 11. September 2002 der Gruppe die Änderungs-vorschläge der Mitglieder übermittelt und dass der Vorsitzende einen Berichtsentwurf vorlegt, der die vorgeschlagenen Änderungen gebührend berücksichtigt.

4. Es wurde einhellig befürwortet, der Union ausdrücklich Rechtspersönlichkeit zuzuerkennen, und es besteht breiter Konsens in der Union (mit einer Ausnahme) zugunsten einer einheitlichen Rechtspersönlichkeit der Union, die an die Stelle der Rechtspersönlichkeit der Gemeinschaft treten würde. Einige Mitglieder der Gruppe traten ferner dafür ein, dass die Rechtspersönlichkeit der Union auch an die Stelle der Rechtspersönlichkeit von Euratom treten sollte. Die Gruppe beschloss, diese weiterhin offene Frage später wiederaufzugreifen.
5. Hinsichtlich des Verfahrens für die Aushandlung und den Abschluss internationaler Übereinkünfte hielt die Gruppe es für angemessen, im Vertrag eine einzige Bestimmung auf der Grundlage von Artikel 300 EGV (in der durch den Vertrag von Nizza geänderten Fassung) vorzusehen, zu der die (gegebenenfalls geänderten) Artikel 24/38 EUV hinzukämen. Es wurde außerdem die Auffassung vertreten, dass in dieser einzigen Bestimmung ein spezifisches Verfahren für Übereinkünfte vorgesehen werden könnte, die zugleich in den Bereich der ersten Säule und der zweiten und/oder dritten Säule fallen ("säulenübergreifende gemischte Übereinkünfte"), je nachdem, ob die Übereinkunft überwiegend in den Bereich der ersten oder in den der zweiten und/oder dritten Säule fällt. In diesem Zusammenhang äußerte ein Mitglied Bedenken gegen den im Berichtsvorentwurf verwendeten Ausdruck "überwiegend", insbesondere hinsichtlich der mit seiner praktischen Anwendung verbundenen Schwierigkeiten. In diesem Zusammenhang stimmten einige Mitglieder dem in dem Dokument enthaltenen Vorschlag zu, dass die Kommission in allen Fällen vom Rat beauftragt werden könnte, den Rat (sowie die Mitgliedstaaten) bei der Aushandlung internationaler Übereinkünfte zu vertreten. Andererseits wies der Vorsitzende darauf hin, dass sein Papier keine Aussage über die dem Hohen Vertreter für die GASP in diesem Zusammenhang zukommende Rolle enthalte, insbesondere über sein Initiativrecht und über die Verhandlungsführung bei der Aushandlung internationaler Übereinkünfte, und dass dieser Punkt eingehender behandelt werden sollte.
6. Einige Mitglieder sprachen sich gegen die im Dokument des Vorsitzenden vorgebrachte Idee aus, den in Artikel 24 EUV enthaltenen Satz zu streichen, wonach *"ein Mitgliedstaat, dessen Vertreter im Rat erklärt, dass in seinem Land bestimmte verfassungsrechtliche Vorschriften eingehalten werden müssen, durch eine solche Übereinkunft nicht gebunden (ist)"*. Sie gaben zu bedenken, dass die Streichung dieses Satzes zur Folge hätte, dass die nationalen

Parlamente nicht an der Aushandlung und am Abschluss internationaler Übereinkünfte beteiligt würden. Andere Mitglieder vertraten die Ansicht, dass dieser Satz notwendigerweise zu streichen sei, wenn der Union ausdrücklich eine eigene Rechtspersönlichkeit zuerkannt werde: Würden internationale Übereinkünfte durch die Union geschlossen, so habe ein Verfahren für die Nachprüfung der Verfassungsmäßigkeit und zur Ratifizierung durch die nationalen Parlamente zu entfallen. Dies schließe nicht aus, dass die nationalen Parlamente durch die Regierung ihres Landes gegebenenfalls über die Aushandlung der jeweiligen Übereinkunft unterrichtet werden. Nach Ansicht dieser Mitglieder sollte künftig die Regelung von Artikel 300 Absatz 7 EGV angewendet werden, wonach die von der Gemeinschaft (künftig: der Union) geschlossenen Übereinkünfte für die Organe und für die Mitgliedstaaten verbindlich sind.

7. Im Zusammenhang damit wurde die Frage aufgeworfen, welches in der Praxis die derzeitige gemeinschaftsrechtliche Situation sei und ob es von der Gemeinschaft geschlossene internationale Übereinkünfte gebe, die jedoch nicht für alle Mitgliedstaaten verbindlich sind. Das Sekretariat wurde gebeten, hierzu ein Rechtsgutachten einzuholen.
8. Die Gruppe ist offenbar damit einverstanden, dass eine Kontrolle der von der Union geschlossenen Abkommen durch den Gerichtshof entsprechend den im Dokument des Vorsitzenden enthaltenen Vorgaben erfolgt.
9. Ebenso ist die Gruppe offenbar mit dem Vorschlag im Bezugsdokument einverstanden, eine Anhörung des Europäischen Parlaments vorzusehen. Einige Mitglieder meinten allerdings, dass das Verfahren der Zustimmung Anwendung finden sollte. Ein Mitglied war der Ansicht, dass nicht feststehe, ob das Parlament überhaupt gehört werden muss, da es sich um Übereinkünfte handle, die in den zwischenstaatlichen Bereich fallen.
10. Was die Außenvertretung der Union anbelangt, so pflichteten die Mitglieder der Gruppe den Schlussfolgerungen des Dokuments im Großen und Ganzen bei. Insbesondere wurde allgemein anerkannt, dass die Union Reformen durchführen muss, die darauf abzielen, dass sie bei der Aushandlung von Übereinkünften und in internationalen Organisationen mit einer Stimme spricht und dass sie über Außenstellen vertreten wird. Außerdem wurde hervorgehoben, dass die Union nach Möglichkeit durch eine einzige Delegation vertreten sein müsse.

### **Einheitliche Rechtspersönlichkeit und Vereinfachung der Verträge**

11. Die Mitglieder der Gruppe befassten sich sodann mit der Arbeitsunterlage SN 3131 (WG III - WD 6), welche die aus einer einheitlichen Rechtspersönlichkeit der Union resultierenden Auswirkungen auf die Vereinfachung der Verträge betrifft. In seinen Ausführungen hob der Vorsitzende hervor, dass die Unterscheidung zwischen den beiden Hauptverträgen (EUV und EGV) eigentlich entfallen könne, wenn die Union und die Gemeinschaft miteinander verschmolzen würden. Die Arbeitsunterlage enthalte mehrere Optionen für die Form des vom Konvent erwarteten Ergebnisses, je nachdem, ob beschlossen wird, den EUV und den EGV zu einem einzigen Vertrag zusammenzufassen oder sie als getrennte Verträge fortbestehen zu lassen.
12. Die Gruppe führte hierüber einen ersten Gedankenaustausch. Die Mitglieder begrüßten die Art und Weise, in der die Optionen dargestellt wurden. Die überwiegende Mehrheit sprach sich für Option 1 b in der Arbeitsunterlage aus, nämlich die Ausarbeitung eines neuen, aus zwei Teilen bestehenden Vertrags: der erste Teil würde neue oder aus den derzeitigen Verträgen stammende Bestimmungen verfassungsmäßiger Art enthalten (Grundlagenvertrag); im zweiten Teil würden alle anderen geltenden Bestimmungen des EUV und des EGV (die Bestimmungen, die nicht in den Grundlagenvertrag übernommen würden) zusammengeführt. Mehrere Mitglieder teilten mit, dass die derzeitigen Verträge in jedem Fall geändert und entsprechend dem neuen Grundlagenvertrag angepasst werden müssten.
13. Der Vorsitzende stellte abschließend fest, dass die Diskussion in der nächsten Sitzung (11. September) fortgesetzt werden muss; zu dieser Sitzung könne ein Experte eingeladen werden, um die Vor- und Nachteile der in der Arbeitsunterlage des Vorsitzenden erwähnten Optionen aufzuzeigen.